



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zur Wahrheit werden zu lassen, jene Macht, von der ein großer Dichter preist:

Es rafft von jeder eitlen Bürde
 Wenn des Gefanges Ruf erschallt,
 Der Mensch sich auf zur Geisterwürde
 Und tritt in heilige Gewalt.

Wien, Mitte Mai 1868.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 28. Mai.

Schopenhauer wirft dem Optimismus irgendwo in seinen Schriften vor, eine nicht nur irrhümliche, sondern zugleich „ruchlose“ Weltanschauung zu bilden. Wenn dieses barocke Wort überhaupt auf einem Lebensgebiete Recht hat, so sicherlich auf dem der Politik. Zu Betrachtungen über den demoralisirenden Einfluß einer optimistischen Auffassung der deutschen Dinge hat gerade der letzte Monat reichliche Veranlassung gegeben und uns daran erinnert, wie schnell es mit den hoch gespannten nationalen Erwartungen gerade der Besten unseres Volks rückwärts gegangen, wie selbst der Maßstab, der an die Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen gelegt wird, unversehens bescheidner und immer bescheidner geworden ist.

Nach den großen Ereignissen von 1866 wurde in der Presse und auf der Tribüne kein Thema so häufig variirt, wie das von der Unausbleiblichkeit einer baldigen Verständigung mit den Staaten jenseit des Main. „Sie kommen von selbst“, „das Wasser des Mainstroms fließt durch das Gitter, welches über diesen Strom geschlagen worden ist“ „die Einheit Deutschlands ist thatsächlich bereits errungen“ — und wie die übrigen Schlagworte wohlmeinender Optimisten damals lauteten. Jahr und Tag vergingen, sie kamen dennoch nicht und der Main blieb der deutsche Rubicon. Dann wurden nach kurzem, aber erbittertem Kampf die Zollverträge geschlossen. Hatte sich der Anschluß „von selbst“ nicht gemacht, so klammerten sich die Hoffnungen der Wohlmeinenden jetzt an den Satz, „daß der wirthschaftlichen Einigung die politische von selbst folgen müsse“. Wir erinnerten schon damals daran, daß wirthschaftliche und politische Einigung zwei grundverschiedene Dinge seien und verwiesen auf das Beispiel der nordamerikanischen Union, in welcher bei dem Mangel an gleichzeitiger Uebereinstimmung auf beiden Gebieten der wirthschaftliche Gegensatz die politische Einheit zwischen Süden und Norden

gesprengt hatte. Der verzögerte Zusammentritt des Zollparlamentes schien den auf dasselbe gesetzten Hoffnungen aber nur zuträglich zu sein und in der Meinung derer, welche der Brutalität der vorhandenen Thatsachen nicht ins Auge zu sehen geneigt oder gewohnt waren, wurde allmählich zum Axiom, daß der Zusammentritt des Zollparlamentes identisch sein werde mit dem letzten Tage der süddeutschen Herrenlosigkeit. Erst der Ausfall der Wahlen führte zu einer Ernüchterung der Gemüther. „Wenn auch nicht zu einem förmlichen Eintritt der süddeutschen Staaten in den neuen Bund“, so lautete das jetzt ziemlich allgemein wiederholte Trostwort: „mindestens zu einem tüchtigen Schritt weiter auf der Bahn des Zusammenschlusses muß dieses Zollparlament führen.“ Als die Aussichten auf eine durchgreifende Kompetenzerweiterung dieses parlamentarischen Körpers zu schwinden begannen, glaubte man mindestens, die Ausdehnung des Freizügigkeits- und Gewerbefreiheits-Gesetzes auf den Süden werde im Zollparlament zur Discussion kommen und die engen durch die Verträge gezogenen Grenzen erweitern.

Auch daraus wurde Nichts und man meinte jetzt, die Worte einer in nationalem Sinn gehaltenen Adresse würden für das Ausbleiben von Thaten entschädigen. Heute sind wir glücklich dabei angekommen, die Nichtverengung der zollparlamentlichen Kompetenz wie einen Sieg der nationalen Sache zu feiern und uns mit der Völkischen Rede als einem angemessenen Aequivalent für das Aequivalent eines Aequivalents zufrieden zu geben. Gerade als hätte es kein Jahr 1866 und keinen durch dasselbe gelieferten Beweis für die Werthlosigkeit „erhebender Eindrücke“ und „großer sittlicher Wirkungen“ gegeben, reden wir von moralischen Siegen, die die thatsächlichen entbehrlicher machten, wiegen wir uns in Hoffnungen auf die guten Eindrücke, welche die Süddeutschen von den Berührungen mit den „nördlichen Brüdern“ heimgebracht haben sollen und die, „wenn auch langsam, ihre Früchte tragen müßten.“

Wir sind weit davon entfernt, das Gewicht der von dem wackern Vertreter des sechsten schwäbisch-bairischen Wahlkreises gesprochenen Worte verkleinern zu wollen, aber wir vermögen den Enthusiasmus derer nicht zu theilen, welche die Völkische Rede für ein genügendes politisches Resultat des mit so großen Erwartungen begrüßten Zollparlamentes ansehen. Daß es jenseit des Main auch Männer vom Schlage der Bluntschli, Völk, Barth, Brater und Römer gebe, wissen wir seit lange und daß diese anders denken als die Vertreter der süddeutschen Majorität, haben sie mehr wie einmal bewiesen. Das erneuerte Bekenntniß bewährter Männer zu der alten Fahne hat für uns politisch zunächst keinen Werth; denn wir wissen, daß es weder diesen noch uns selbst für das nächste Menschenalter gelingen wird, die Neigungen und Instincte der süddeutschen Massen für die nationale Sache zu

gewinnen. Mag immerhin wahr sein, daß die Niederlage unserer Partei in Württemberg durch Unredlichkeiten der Regierung verschuldet ist, es steht doch fest, daß das Gewicht des Volkswillens im entscheidenden Augenblick in die Waagschale der Propst und Sepp, nicht in die unsere fallen werde. Sich auf das Gebiet jener langsamen moralischen Eroberungen zurückzubegeben, für welche die sechs ersten Jahre dieses Decenniums — um das Ding beim rechten Namen zu nennen — verschwendet worden sind, wird man dem deutschen Volk zum zweiten Male nicht zumuthen dürfen. Und wenn das nicht — welche greifbare Bedeutung bleibt für die Vorgänge der vier Wochen deutschen Zollparlaments, welche für die Reden vom 18. und 19. Mai übrig? Von den wirthschaftlichen Resultaten dieser Versammlung kann hier nicht die Rede sein, denn wenn wir Herrn v. Barmbüler ausnehmen, so haben sämtliche hervorragende Theilnehmer des Zollparlaments erklärt, sie hätten nicht die Absicht gehabt, sich mit diesen zu begnügen und in der Presse wie im großen Publicum hat die politische Bedeutung des Zollparlaments von vornherein im Vordergrunde gestanden. Gegenstand der allgemeinen Spannung und Aufmerksamkeit war die Frage, ob und inwieweit das Bewußtsein, eine Vertretung des gesammten Volkes zu bilden, die Männer des Südens auf einen höheren Standpunkt heben, unter das Gewicht nothwendiger Concessionen an die eine deutsche Sache stellen werde. Daß es dabei ohne die Majorisirung eines Häufleins Unverbesserlicher nicht abgehen werde, mußte Jedem einleuchten, der die Zusammensetzung des Hauses kannte. Das Resultat ist gewesen, daß weder diese Majorisirung, noch ein kühner, in das Herz der Nation packender Griff möglich gewesen sind und daß die Versammlung sich unter dem Eindruck trennte, die Aufrechterhaltung des Zustandes, welchem das vertragsmäßige Recht Ausdruck gibt, sei das Verständigungsmaximum, zu welchem es das deutsche Volk bringen konnte: daß hinter diesem geschriebenen Recht noch ein bestimmtes höheres Recht stehe, ist durch den Uebergang zur Tagesordnung ausdrücklich nicht anerkannt worden und da der Mangel eines solchen dennoch allen Parteien fühlbar ist, supplirt jede derselben dieses Recht auf ihre Weise. Was das bei deutschen Particularisten heißen will, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Das Zollparlament ist geschlossen worden, ohne daß eine der vorhandenen Parteien mehr aus demselben nach Hause gebracht hätte, als allgemeine gute oder schlechte Eindrücke. Selbst mit der Zufriedenheit der verbündeten Regierungen, vor Allem der preussischen Regierung und dem norddeutschen Bundespräsidium dürfte es nicht weit her sein, denn die Modification der Tabakssteuervorlage und die Nichtbewilligung der Petroleumsteuer ziehen einen Ausfall von — wenn wir nicht irren — zwei Millionen Thalern nach sich, für welche Rath zu schaffen seine Schwierigkeiten haben wird. Wirklich befriedigt ist höchstens die

ziemlich zahlreiche Partei der Leute, deren traditioneller Abhängigkeit von dem kaiserlich französischen Wohlwollen der Abg. Propst typischen Ausdruck gegeben hat. In der nationalen Partei werden die Ansichten höchstens darüber differiren können, wie groß der Verlust an Zeit und nationaler Spannkraft ist, der die politische Resultatlosigkeit des ersten deutschen Zollparlamentes verschuldet hat. Für einen unwiederbringlichen würden wir diesen Verlust erst ansehen, wenn es wahr würde, daß die nationale Partei sich auch nur für einige Zeit mit Siegen wie dem vom 19. Mai völlig zufrieden gibt und Wiene macht, in die Arena der moralischen Eroberungen zurückzukehren. Die Erfahrungen der letzten Wochen haben den einen Vorzug, die Situation geklärt zu haben (schon die erneute Bekanntschaft mit dem Maß nationaler Opferbereitschaft der preussischen Altconservativen ist lehrreich genug) — dieser Klarheit müssen wir nüchtern ins Gesicht sehen. Die Sachen stehen schlimmer, als vor zwei Jahren, die Wirkungen des Jahres 1866 beginnen sich auszuleben, die feindlichen Parteien sind nicht mehr unter dem Einfluß der erlittenen Niederlage, die halben Freunde machen Wiene, sich mit dem Interim, in dem wir stecken, zufrieden zu geben, die Staaten des Südens sind weder von selbst gekommen, noch werden sie von selbst kommen und das im Frühjahr dieses Jahres ausgegebene Schlagwort „Erst Bayern dann Baden“ hat uns in eine Sackgasse geführt.

Entzieht die nationale Partei sich der Wahrheit dieser Sätze nicht, so wird sie, nachdem ihr die Waffe einer Kompetenzerweiterung des Zollparlamentes aus den Händen gewunden worden, entweder den Gedanken an eine Heranziehung des Südens vollständig auf sich beruhen lassen oder den Faden da wieder aufnehmen müssen, wo er liegen geblieben ist: in Baden. So lange die äußeren Bedingungen der politischen Existenz, welche der Süden fristet, unverändert dieselben bleiben, ist nicht abzusehen, wie man dem mindestens nicht zunehmenden Einfluß unserer Freunde in Baiern und Württemberg auf die Beine helfen, wie man von demselben irgend welchen praktischen Nutzen ziehen will. Daß das Zollparlament sich in Sachen der Varnbüler'schen Wahlengriffe mit einer ziemlich allgemein lautenden Resolution und den Reden Brauns und Lasfers zufrieden gegeben hat, mag durch die Umstände vollkommen gerechtfertigt gewesen sein, wird dem preussischen Einfluß in Württemberg aber nicht zur Kräftigung reichen. Soll die nationale Agitation im Süden wirkliche Schwungkraft und einen festen Stützpunkt gewinnen, so kann das nur geschehen, wenn Baden aus dem Kleblatt der transdänischen Souverainetäten herausgerissen und sammt dem südlichen Theil Hessen-Darmstadts zum Nordbunde zugelassen wird. Erst wenn das geschehen ist, läßt sich absehen, daß der selbstzufriedene Eigensinn bairischer und schwäbischer Particularexistenz ins Wanken gebracht, den gegen den Strom der Majorität schwim-

menden Nationalen des Südens ein Seil zugeworfen wird, an dem sie festhalten können. Hic Rhodus hic salta! Seit die auf das Zollparlament gesetzten Hoffnungen gescheitert sind, bleibt der nationalliberalen Partei nur die Alternative, entweder das in ihr Programm geschlagene Veck sich erweitern zu lassen oder durch eine concentrirte Action zu Gunsten der Heranziehung Badens neuen Boden zu gewinnen. Sobald diese Partei auf directe und praktische Ziele verzichtet und ihre Rechnung auf moralische Eroberungen im Allgemeinen stellt, läuft sie Gefahr, in das Niveau jener Fractionen herabzusinken, welche von Resolutionen und Demonstrationen ihre Existenz fristen und nicht sowohl politische Parteien als Anstalten zur Ausbildung populärer Redekunst sind.

Die directen und praktischen Ziele der nationalliberalen Partei werden sich freilich nicht auf die Isolirung Baierns und Württembergs und die Heranziehung Badens beschränken dürfen. Wir wissen für die preußische Regierung wie für die nationale Partei kein geeigneteres Mittel, um die Agitation für den Anschluß des Südens in Althem zu erhalten, als die Ausbildung der Bundesexecutive, welche noch immer der einzelnen Departements entbehrt, welche für eine wohlgeordnete Verwaltung unentbehrlich sind. Soll auf diese hingearbeitet werden und die Theilnahme der nationalen Partei an der Entwicklung der neuen Verhältnisse nicht auf die gelegentliche Opposition gegen einzelne Vorlagen des Kanzleramts beschränkt bleiben, so wird vor allem nothwendig sein, daß man sich des vollen Ernstes der Lage bewußt werde und diese nicht übertünche. Begnügt man sich auf die Dauer mit dem wohlwollenden Optimismus, der neuerdings wenigstens in der Presse bemerkbar geworden ist, so schlägt man dem norddeutschen Bunde den ersten Nagel in den Sarg. „Toujours en vedette“ das muß der Wahlspruch des neuen deutschen Staats werden, wie er die Losung des alten Preußen gewesen ist, sobald dieses seine Pflicht that.

Von ersichtlichem Einfluß auf die Stimmung und Haltung der Nachbarstaaten ist das Zollparlament nur während der ersten Woche seiner Thätigkeit gewesen. Nachdem der Lärm über die Adressdebatte verstummt war, traten in allen diesen Staaten wieder die heimischen und inneren Angelegenheiten derselben in den Vordergrund.

In Oestreich ist die Frage nach den Mitteln zur Deckung des Deficits während der Maiwochen ebenso auf der Tagesordnung geblieben, wie im April. Im Budgetausschuß des Reichsraths hat die Breslische Vorlage, welche die zu tragenden Lasten zwischen Staatsgläubigern und Staatsangehörigen theilen wollte, kein Gehör gefunden und die Majorität neigt sich der Meinung zu, eine 25procentige Couponsteuer sei das beste Mittel zur Reduction der östreichischen Staatsausgaben. Wenn sich auch die zu Paris

und London ausgestoßenen Drohungen, solchen Falls die österreichischen Fonds von den Börsenzetteln zu streichen, schwerlich bewahrheiten werden, so läßt sich doch nicht leugnen, daß der österreichische Staatscredit und vor Allem der Credit des neuen liberalen Ministeriums durch Adoption dieser Maßregel zur Verkürzung der Staatsgläubiger einen empfindlichen Stoß erleiden würde. Im Augenblick scheint dieses Ministerium an maßgebender Stelle allerdings noch auf der Höhe seines Einflusses zu stehen, denn allen Vorhersagungen ängstlicher Pessimisten zum Trotz ist die kaiserliche Bestätigung der Reichsrathsbeschlüsse über das Ehe- und Schulgesetz in den letzten Tagen erfolgt. Mit unverhohlener Freude weisen aber Radicale und Altconservative auf die Thatsache hin, daß es der Liberalismus gewesen, der die schmutzige Arbeit der Bankerottklärung Oesterreichs übernommen hat und nicht undeutlich wird zu verstehen gegeben, daß man dem Mohren die Thüre weisen werde, wenn er die Arbeit gethan, zu der sich sonst niemand bereit gefunden hatte. Die neckenden Kriegsgerüchte, welche von Zeit zu Zeit aus der officiösen wiener Presse in die Welt gesandt wurden, um den Lebensmuth der großdeutschen Particularisten zu beleben, haben das ihrige dazu beigetragen, um die gute Meinung derer zu verstimmen, welche noch vor wenigen Wochen im Vollgefühl der Concordatsdebatte schwelgten, und seit die sächsischen, hannoverschen und hessischen Patrioten die Ueberzeugung gewonnen haben, „daß Oesterreich trotz der Kriegsfanfaren seiner Journale nichts für die Rettung der Freiheit Deutschlands thun werde“, stimmen dieselben in den Chorus der Ankläger der k. k. Staatsbankeroteure ein. In Böhmen haben die czechischen Panflavisten inzwischen zu neuen Demonstrationen und Agitationen Kraft und Muth gewonnen. Am weißen Berge ist für die Wenzelskrone volle Parität mit der ungarischen Krone des heiligen Stephan feierlich in Anspruch genommen worden und die Grundsteinlegung des neuen prager Nationaltheaters wurde unter der Theilnahme von Deputirten aller slavischen Stämme feierlich begangen. Namentlich in Rußland ist des Jubels über diese Begründung einer neuen „Bildungsanstalt für das czechische Volk“ kein Ende gewesen. Das moskauer Slavencomité hat einen Preis für das beste Stück zur Eröffnung des neuen Kunsttempels ausgesetzt, die Gesellschaft der russischen Literaturfreunde eine Adresse, die Moskauer Zeitung einen Deputirten gesandt, der petersburger Gelehrte Lamansky als Sprecher des großrussischen Stammes fungirt. Und damit dem Humor sein Recht nicht ganz verkürzt würde, waren auch die sächsischen Wenden in diesem Familienfest der slavischen Völker durch die von Moskau her bekannten Herren Schmalzer (sprich: Smolzar) und Deutschmann (sprich: Dugmann) vertreten. Palazki und Ryger, die an dem Meeting keinen Antheil genommen hatten, machten diese Versäumniß dadurch gut, daß sie sich bei Gelegenheit der Theatergrundsteinlegung in feurigen Reden über

die künftige Bedeutung dieses Instituts für die slavische Welt und Prophezeiungen über diese selbst ergingen. Wenn diese Demonstrationen auch sonst keine Folgen gehabt haben, so sind sie dem Panславismus doch als Gegentrümpfe gegen die Reden willkommen gewesen, in denen Fürst Czartoriskij für Polen die Führerschaft der westslavischen Welt in Anspruch nahm und als Aufgabe dieser die Bekämpfung des ostslavischen (russischen) Einflusses bezeichnete. Die guten Beziehungen der polnischen Nationalpartei zu Herrn v. Beust und zu Ungarn sind seit lange ein Gegenstand der Besorgniß und des Anstoßes in panslawistischen Kreisen und keine Gelegenheit zur Verdächtigung der polnisch-österreichisch-ungarischen Entente wird unbenutzt vorüber gelassen.

Was Ungarn anlangt, so wird das Geschick des Ministeriums Andrassy und damit des Dualismus von dem Ausfall der nächsten transleithanischen Wahlen abhängen. Sowohl die Entscheidung über die Comitats- und die Landwehrfrage, als die definitive Regelung des Verhältnisses zu Croatien soll von dem neuen Parlament gefällt werden, welches im Herbst d. J. zusammentritt. Gelingt es der im Ministerium Andrassy repräsentirten Deakpartei noch einmal, die Majorität zu gewinnen, so ist ebenso die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur westlichen Reichshälfte wie eine billige und versöhnliche Auseinandersetzung über die zwischen Magyaren und Slaven schwebende Sprachenfrage gesichert. Anders wenn die in der Linken und äußersten Linken vertretenen radicalen und doctrinären Elemente die Oberhand gewinnen. Wie wenig diese geneigt und fähig sind, auch nur den nothwendigsten Rücksichten auf das außerungarische Oestreich Rechnung zu tragen, geht mit seltener Deutlichkeit aus dem neuerdings begründeten Organ der Opposition, der „Ungarischen Monatschrift“ (Berlin bei Fr. Kortenkampf) hervor. Zur Charakteristik derselben genügt die Anführung der in dem Leitartikel enthaltenen Behauptungen, daß Deak wesentlich auf dem alt-österreichischen Standpunkt stehe und daß Kossuth die Verkörperung der eigentlich großen und glänzenden Eigenschaften der Söhne Arpads sei. Jener orientalische Racendünkel, der zu den slavisch-magyarischen Konflikten von 1848 so verhängnißvoll beigetragen hat, scheint sich bei diesen transleithanischen Radicals unverändert erhalten zu haben. Einmal zur Herrschaft gelangt, würden diese vorgeschrittenen Magyaren die unter der Asche glimmende Unzufriedenheit der österreichischen Slaven zu lichten Flammen aufblasen und den Gegnern des Dualismus gegründete Ursache zu der Klage geben, daß die Zufriedenheit Ungarns mit der Unzufriedenheit der übrigen Völker des Kaiserstaats all zu theuer bezahlt sei.

Oestreichs auswärtige Politik wird häufig und nicht ohne Grund mit dem Verhältniß des Reichskanzlers zu Ungarn in engen Zusammenhang gebracht. Die liberalen Deutsch-Oestreicher, welche sehr gut wissen, daß das

Geschick des Ministeriums Auersperg-Giskra von der Erhaltung des Friedens abhängig ist, haben zu wiederholten Malen ausgesprochen, der gegen die magyarischen Wünsche geübten Connivenz liege die Absicht zu Grunde, mit Hilfe Ungarns die Rachepläne zu insceniren, die in den stillen Winkeln der Hofburg der Auferstehung harren. Herr v. Beust ist durch den Dualismus in die glückliche Lage versetzt worden, seine auswärtige Politik völlig auf eigene Hand und ohne jede Rücksicht auf die beiden einander in Schach haltenden Parlamente treiben zu können. Wenn wir von den Gerüchten absehen, zu denen das Treiben des Fürsten Richard Metternich von Zeit zu Zeit Veranlassung gibt, so möchte man glauben, diese Politik habe im Augenblick nur für den Orient Augen und Ohren. In Bukarest hat der k. k. Generalconsul an der Spitze derer gestanden, welche wegen der moldauer Judenverfolgungen Lärm schlugen und dem neuen rumänischen Ministerium Golesto zur Existenz verhalten, nachdem Bratiano (um die Ausdrücke des moldawallachischen Senats zu brauchen) „die Würde des Landes verletzt und die guten Beziehungen zum Auslande gestört hatte.“ Richtiger sollte es heißen „die guten Beziehungen zu den Westmächten“, denn die officiöse russische Presse hat kein Hehl daraus gemacht, daß sie die Judenhepheps und die Anträge der Demokraten auf Ausschließung der Juden vom Grundeigenthum für innere Angelegenheiten ansehe, welche dem Auslande kein Recht zur Einmischung geben.

Auch in Constantinopel hat die österreichische Diplomatie in jüngster Zeit eine auffallende Regsamkeit gezeigt. Die Wendung, welche die Candidatenangelegenheit genommen, wird in erster Reihe auf Rechnung des k. k. Internuntius geschrieben und zu der liberalen Rede, mit welcher der Sultan (gerade wie im J. 1839 sein Vorgänger Abdul-Medschid) den neu einberufenen Staatsrath eröffnet hat, um wieder einmal den Beginn einer neuen türkischen Aera zu proclamiren, ist Abdul-Aziz zuerst durch Herrn v. Prokesch-Osten Glück gewünscht worden. Von Interesse wird es sein, Oestreichs Stellung zu den beiden brennenden Fragen kennen zu lernen, welche demnächst in Constantinopel zum Austrag kommen sollen. Nach — allerdings noch nicht ganz verbürgten — Nachrichten steht die in voriger Woche erfolgte Entlassung des Scheich-ul-Islam mit dem Plane des Sultans in Zusammenhang, das Thronfolgesetz zu ändern und die Senioratserbfolge zu Gunsten der Succession vom Vater auf den ältesten Sohn abzuschaffen. In früherer Zeit hätte diese Neuerung eine ähnliche Wichtigkeit gehabt, wie am Ausgang des 18. Jahrhunderts die Abschaffung des polnischen liberum veto, heute hat sie alle Aussicht, ein türkisches Internum zu bleiben. Von größerem Interesse und größerer Wichtigkeit ist, daß — nach Andeutungen der russischen Presse — die alten kirchlichen Händel zwischen Bulgaren und Griechen zum Austrag kommen

sollen. Es handelt sich bekanntlich darum, ob die Bulgaren in der directen Abhängigkeit vom constantinopolitanischen Patriarchen bleiben sollen, in welche sie seitdem vorigen Jahrhundert wieder gerathen sind oder ob ihnen in kirchlicher Beziehung volle Parität mit den Griechen zugestanden werden soll. Das russische Journal, dem wir die Mittheilung von dem Wiederaufleben der alten Streitigkeiten um diese Frage entnehmen, vindicirt Rußland das Recht und die Pflicht, behufs Schlichtung derselben ein allgemeines Concil der kirchlichen Würdenträger des Orients einzuberufen. Selbstverständlich würde die russische Oberkirchenbehörde, der „heiligt dirigirende Synod“ an dieser Versammlung einen hervorragenden Antheil nehmen.

Mit Gedanken an die Einberufung einer großen kirchlichen Versammlung im Styl des Mittelalters trägt sich der Orient übrigens nicht allein. Pius IX. soll für das nächste Jahr die Einberufung eines großen abendländisch-katholischen Concils in Aussicht genommen haben und es würde in der That nicht ohne Interesse sein, diese beiden Versammlungen gleichzeitig tagen zu sehen. Meinungsverschiedenheiten von der Tragweite derer, welche durch ein griechisch-orthodoxes Concil zu schlichten wären, wird es Dank der unumschränkten Herrschaft streng conservativer Elemente in der römisch-katholischen Kirche allerdings kaum mehr geben, zumal der einzige römische Kirchenfürst, der eine Ausöhnung der Curie mit der Neuzeit für möglich und wünschenswerth hielt, der vielgenannte Cardinal Andrea in den letzten Tagen verstorben ist. An den Namen dieses schwachen Mannes knüpft sich heute nur noch die Erinnerung, an jene allgemeine Begeisterung und Ueberschwänglichkeit, welche noch vor wenigen Jahren herrschend war, sobald in liberalen Kreisen der Name des neuen Italien genannt wurde. Der Ernst der Zeit hat den rosenfarbigen Optimismus, mit welchem man damals die Wiedergeburt eines durch Jahrhunderte verkommenen und gemißhandelten Volks innerhalb weniger Monate vollendet zu sehen glaubte, längst Lügen gestraft. Die dumpfe Lethargie welche seit Jahr und Tag über dem italienischen Staat liegt, ist der kurzen Erregung durch die florentiner Festwochen wiederum auf dem Fuße gefolgt, und es hat des in Oesterreich proclamirten Staatsbankerotts bedurft, um der endlich erfolgten Annahme des Gesetzes über die Cambraysche Mahlsteuer ein gewisses Relief zu geben. Der Eifer, mit welchem das Ministerium Menabrea an einer ehrenvollen Ordnung der italienischen Finanzschwierigkeiten arbeitet, beweist übrigens, daß man die unfreiwillige Stockung, in welche die nationale Bewegung auf der Halbinsel gerathen ist, wenigstens nach einer Seite zu benutzen weiß und ein klares Bewußtsein davon hat, daß die Lösung der römischen Frage nur eine, nicht die einzige Bedingung zur Consolidation des von Cavour geschaffenen Staats ist. Wie gering die Bedeutung ist, welche dem Wohl- oder Uebelwollen desselben zur Zeit von den

übrigen Staaten zugeschrieben wird, geht schon aus dem Umstande hervor, daß seit Monaten nicht mehr nach der Stellung gefragt wird, welche die Regierung Viktor Emanuels zu einem etwaigen preussisch-französischem Conflict annehmen würde, und daß die unfreundliche Aufnahme, welche der Prinz Napoleon bei seinem letzten florentiner Besuch gefunden, ebenso folgenlos geblieben zu sein scheint, wie der patriotische Jubel, mit welchem der Thronerbe des preussischen Staats von den Bewohnern der nord- und mittelitalienischen Provinzen begrüßt wurde. Der Zwischenfall, der neuerdings durch den Conflict zwischen dem Ministerialsekretär Martin und dem anspruchsvollen Vertreter Frankreichs Herrn Malaret herbeigeführt worden ist, wird schwerlich dazu beitragen, die Antipathien der Italiener gegen ihre Bundesgenossen von 1859 zu besänftigen. Kommt es wirklich dazu, daß Italien beim Ausbruch einer preussisch-französischen Vermittelung den uneigennütigen jüngeren Bundesgenossen über dem ungroßmüthigen älteren Allirten vergißt, so können wir erleben, daß das italienische Volk — wie das griechische im Jahre 1854 — auf eigne Hand auswärtige Politik treibt, um die Ketten endlich zu brechen, welche ihm durch das kaiserliche Frankreich angelegt worden sind. Ueber kurz oder lang wird die Lebensfähigkeit des apenninischen Einheitsstaats sicher noch ein Mal durch die Ungeduld der Nation und ihres Führers Garibaldi auf die Probe gestellt werden.

In Frankreich ist dem sicher aber langsam sinkenden Credit des zweiten Kaiserreichs durch den unerwartet glänzenden Ausgang der abessinischen Expedition eine neue Wunde geschlagen worden. Die mit den Nachrichten aus Magdala zeitlich zusammenfallende Eröffnung des Zollparlamentes hat der öffentliche Aufmerksamkeit allerdings nur wenig Zeit zu Parallelen zwischen englischen und französischen Expeditionen in fremde Welttheile übrig gelassen, aber diese Zeit ist keineswegs unbenutzt geblieben, weder von der Opposition noch von der Chauvenistischen Hosparthei, welche durch den Mund des Generals de Failly ein so vernehmliches „Revenge pour Pavie“ gerufen hat, daß der *Moniteur de l'armée* hinterher officiös erklären mußte, großsprecherische Kriegs- und Siegesreden gehörten einmal zu dem nothwendigen Apparat kaiserlich französischer Lagerlebens. Die gleichzeitigen Fanfaronaden, mit denen die pariser Presse die Eröffnung des Zollparlamentes und die Adressdebatte desselben begleiteten, und die wenigstens bei den Propst und Genossen ihre Wirkung nicht verfehlt haben, sind nicht im Stande gewesen, den Lärm zu übertönen, der über die niedrigen Skandalgeschichten erhoben wurde, welche bezüglich Freireires und der Wirthschaft des Credit immobilier ans Tageslicht gezogen wurden. Selbst auf den gefeierten Namens Michel Chevaliers ist ein zweideutiger Schatten geworfen worden. Freilich sind die Pariser es so gewohnt, der Regierung nahestehende Männer in schmutzige Börsengeschäfte verwickelt zu

sehen, daß es ziemlich gleichgiltig erscheint, ob die Zahl der Compromittirten um einen vermehrt oder vermindert wird, — im gegenwärtigen Augenblick sind Auseinandersetzungen über Chevaliers Betheiligung an Börsenoperationen von zweifelhafter Moralität, aber sicher höchst unwillkommen gewesen. Der genannte französische Volkswirth und Senator ist bekanntlich der kaiserliche Rathgeber in öconomischen und finanzpolitischen Fragen und steht in dieser Eigenschaft mit dem englisch-französischen Handelsvertrage und den freihändlerischen Reformen des Kaisers in engem Zusammenhang. Thiers, der in der Wahl seiner Angriffsobjecte niemals besonders gewissenhaft gewesen ist und als französischer Liberaler alter Schule an den Vorurtheilen des Protectionismus ebenso festhält, wie an der Lehre von Frankreichs Verpflichtung zur Unterstützung der Kleinstaaterei, hat im Bunde mit grossenden Fabrikanten einen Sturm auf gegen das größte Verdienst der kaiserlichen Regierung, die Adoption freihändlerischer Grundsätze versucht. Die Gewohnheit, sich unbequemer Interpellationen auf gewaltthätige Weise zu entledigen, ist der Majorität des Corps législatif so in Fleisch und Blut übergegangen, daß dieselbe — wie es heißt auf Anstiften der Regierung — das Kaiserthum um die Gelegenheit zu einem glänzenden parlamentarischen Siege über den alten Doctrinär gebracht hat, dem nur die Armuth an neueren Talenten dazu verhelfen konnte, in alten Tagen die Rolle wieder aufzunehmen, welche schon vor zwanzig Jahren ausgespielt war.

In den abgelaufenen Monat fallen auch die Debatten des pariser Senats über das neue, inzwischen in Kraft getretene Preßgesetz, das Gesetz über das Versammlungsrecht und die clericalen Angriffe gegen die von Duruy proclamirte Unterrichtsfreiheit. Der geistige Gehalt dieser Debatten ist zu ärmlich, als daß die einzelnen Reden, welche dabei gehalten, übrigens in Paris selbst immer nur 24 Stunden lang besprochen wurden, — auch nur der Aufzählung werth wären. Talent und unabhängige Gesinnung waren höchstens bei den ultramontanen Heißspornen zu finden, gouvernementale Liberale und gouvernementale Reactionäre suchten einander gegenseitig in der Wiederholung von Phrasen zu übertreffen, die in dem alten Frankreich auch für die patres minorum gentium zu trivial gewesen wären. Die Ausgeleibtheit und Schaalheit der übrigen im Senat vertretenen Parteien, läßt es mehr wie begreiflich erscheinen, daß die Bedeutung der Clericalen täglich zunimmt und wir werden uns nicht wundern können, wenn dieselben auf der Tribüne demnächst ebenso nachhaltige Wirkungen erzielen, wie bereits gegenwärtig in der Presse. Was zu anderen Zeiten und unter anderen Verhältnissen in Frankreich selbstverständlich gewesen wäre, daß Marschall Mac-Mahon gegenüber dem Erzbischof von Algier Recht behalten und durchgesetzt hat, daß die algierischen Waisen, deren die Regierung sich angenommen, nicht zwangsweise

zu Christen gemacht werden, wird heute in den Rang der Ereignisse erhoben und als Sieg des Liberalismus mit hochtönenden Zeitungssphrasen gefeiert.

England ist im letzten Monat der Schauplatz parlamentarischer Kämpfe gewesen, wie sie seit vielen Jahren nicht mehr mit gleicher Erbitterung und Leidenschaftlichkeit auf altenglischer Erde geführt worden sind. Ungleich seinen Whigistischen Vorgängern, welche gewohnt waren, die unbedeutendste parlamentarische Niederlage mit einem Abschiedsgesuch zu beantworten, hält d'Israely trotz der Gladstoneschen Siege in der irischen Kirchenfrage und trotz des wunderlichen Parlamentsbeschlusses über die schottische Wahlreform mit Zähigkeit an seinem Portefeuille fest. Allerdings hat das voreilige Ungeschick, mit welchem ein Unberufener auf Ertheilung eines Mißtrauensvotums antrug, bevor dasselbe von den Whigistischen Führern approbirt worden war, die Regierung von einer directen Nöthigung zum Rücktritt bewahrt, aber die von der Opposition errungenen Siege in Sachen der schottischen Parlamentsreform stellen unwidersprechlich fest, daß der Abfall von den Tories in rascher Zunahme begriffen ist. Zuerst wurde gegen den Willen der Regierung festgestellt, daß die decretirte Verminderung der Vertreter Englands (welche an Stelle der Vermehrung schottischer Parlamentsglieder beliebt worden) mittelst vollständiger Streichung gewisser kleiner Wahlbezirke erfolgen sollte, dann setzte das Bouveriesche Amendement fest, daß das Wahlrecht in Schottland nicht von der Zahlung der Armensteuer abhängig gemacht werden sollte. Schon glaubte das Cabinet sich durch die Annahme dieser Verletzung der für England giltigen Censusprincipien aus dem Felde geschlagen, als der Bartersche Antrag auf Streichung aller wegen Armuth Steuerunfähigen (es handelt sich immer nur um die Armensteuer) einen rettenden Ausweg bot. Inconsequenzen von der Art der hier erwähnten sind in der englischen Parlamentsgeschichte ebenso häufig vorgekommen, wie in dem Leben einzelner britischer Staatsmänner, in der Regel aber nur, wenn es sich um starke Antipathien gegen ein herrschendes System oder die leitenden Personen handelte. Wie es im Augenblick um diese bestellt ist, wird sich erst zeigen, wenn es zur Auflösung des gegenwärtig tagenden Hauses kommt; die traditionelle Anhänglichkeit des englischen Volkes an den Institutionen der Hochkirche, wird trotz der zweimal im Prinzip angenommenen Abschaffung der irischen Staatskirche, dieser Maßregel noch manches Hinderniß in den Weg zu legen wissen. Die Adresse der Bischöfe für „Erhaltung der glorreichen Institution König Wilhelms III.“ hat den Reigen der No-popery-Demonstrationen erst eröffnet und wird nicht lange auf Nachfolger zu warten haben. Liegt auch ein halbes Menschenalter zwischen den Tagen der Katholikenemanzipation und der Gladstoneschen Bill, so wissen wir doch aus der Geschichte des Jahres 1829, wie tiefgewurzelt das Mißtrauen gegen jede Verstärkung katholischer

lischer Einflüsse namentlich bei der brittischen Pairie; die ihrem sonst viel gefeierten Führer, dem Herzog von Wellington, seinen damals verübten Ver Rath an den Grundsätzen des alten England im Grunde niemals vergeben hat."

Einer der ältesten und bedeutendsten überlebenden Zeugen jener denkwürdigen Zeit, der 90 jährige Henry Brougham (seit dem 22. November 1830 Lord Brougham and Vaux) ist bald nach dem denkwürdigen Siege Gladstones auf seinem Landhause zu Cannes verstorben. Die Abschaffung des Sklavenhandels, der Prozeß der Königin Caroline, der förmliche Bruch mit den Castlereagh'schen Reaktionsprinzipien, die große Reformbill von 1831, die Reform des Gerichtswesens, die Prozeß- und Bankerottordnung sind mit dem Namen dieses denkwürdigen Mannes verknüpft, in dem einer der besten englischen Charakterköpfe alten Gepräges dahin gegangen ist. Der Todfeind des engherzigen Torythums, der Anwalt des vernachlässigten Volksunterrichts, der Mann, der es zuerst gewagt, den Sklavenhandel als Capitalverbrechen zu brandmarken, wurde während der zweiten Hälfte seines Lebens zum Gegner der Korngesetze und der Universitätsreform und stand schließlich an der Spitze der Agitation für Anerkennung der amerikanischen Rebellenstaaten, ohne jemals zum Tory geworden zu sein oder sich von den Anschauungen seiner Jünglings- und Mannesjahre losgesagt zu haben. Uns Deutschen hat Brougham sich zuletzt durch die lebhaften Sympathien ins Gedächtniß gerufen, die er 1863 den Polen und 1864 den Dänen bewies, beidemal ohne seine Landsleute zu directen Eingriffen in die Continentalpolitik bewegen zu können.

Wenn wir noch erwähnen, daß dem russischen Reich ein Thronerbe geboren worden ist, daß das verdienstvolle Haupt der evangelischen Kirche Rußlands, Bischof Ulmann, sein Amt niedergelegt hat und daß die Anwesenheit des berliner Nationalöconomen Faucher in Petersburg zur Belebung der russischen freihändlerischen Agitation nicht unwesentlich beigetragen hat (die einflußreiche Moskauer Zeitung hat sich an die Spitze der anti-protectionistischen Bewegung gestellt), so haben wir unsere Umschau über die europäischen Hauptereignisse des Maimonats 1868 beendet. Das wichtigste derselben ist, und nicht für Deutschland allein, die erste Session des ersten deutschen Zollparlaments. So wenig wir uns mit den Resultaten desselben zufrieden zu geben Ursache haben, so wenig können wir leugnen, daß die gewonnenen Eindrücke lange in dem Bewußtsein des deutschen Volkes nachwirken werden. Für den Augenblick steht noch die Befriedigung darüber im Vordergrund, daß die süddeutschen Abgeordneten nicht ganz als dieselben heimgekehrt sind, als die sie kamen, aber wir können uns nicht vorstellen, daß man bei diesem Resultat, welches zudem die verschiedensten Commentare zuläßt, lange stehen

bleiben werden. Die realistische Richtung, welche unser öffentliches Leben seit den letzten zwei Jahren genommen hat, wird dem Bedürfnis nach bestimmten, greifbaren Fortschritten über kurz oder lang doch wieder zu seinem Recht verhelfen und die Mittelparteien nöthigen, nur mit und auf Thatfachen zu rechnen. Auch auf die Massen kann seit dem Jahre 1866 nicht mehr durch Resolutionen, Programme und symbolische Handlungen dauernd gewirkt werden. Davon hat noch in jüngster Zeit die unter Vorsitz des Buchhändlers Jonas abgehaltene berliner Versammlung nord- und süddeutscher Radicaler Zeugniß ablegen müssen. Der charakteristische Beschluß dieses Meetings, ein neues Programm auszuarbeiten zu lassen, d. h. die Ziellosigkeit der bisherigen radicalen und demokratischen Bestrebungen von hüten und drüben offen einzugestehen, ist die einzige Frucht dieser Vereinigung ungebildeter oder politisch bildungsunfähiger Doctrinäre gewesen, die nur noch in den Leserkreisen der Zukunft, des Stuttgarter Beobachters und der demokratischen Correspondenz Beachtung und Theilnahme finden. Sache der nationalen Partei wird es sein, den Geist der Nation nüchtern zu erhalten und die Wiederkehr jener Zeiten zu verhindern, in denen der Philister die Sache deutscher Einheit zu fördern glaubte, wenn er kräftigen Resolutionen und hochtönenden Phrasen von dem unaufhaltsamen Bedürfnis der deutschen Stämme zur Verständigung seine behagliche Zustimmung zu Theil werden ließ. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist zweifellos, daß der sich selbst überlassene Volksinstinkt in Wahrheit immer wieder in das particularistische Fahrwasser steuert, mag dieses grün-weiß, schwarz-weiß oder gelb-weiß beslaggte Luftfähne tragen, und daß die Sache der wirklichen Einigung nur durch ernste, in das Fleisch unserer Gewohnheiten schmerzlich einschneidende Arbeit gefördert wird und gefördert werden kann.

Die Schlußwoche des Zollparlaments.

Berlin, 25. Mai.

Die erste Session des Zollparlaments ist verlaufen wie ein kunstgerecht angelegtes Drama mit heiterem Ausgang, oder wie ein Gemitttertag im Hochsommer, der nach viel Hitze, Staub und Mißbehagen zuletzt mit einem behaglichen Abend endigt. So beunruhigend es drei Wochen hindurch mit dem an diese Institution geknüpften Hoffnungen abwärtszugehen schien, so rasch haben sich in der vierten Woche die Gemüther wieder gehoben. Nicht allein äußerlich und zufällig hat eine Reihe schöner Feste den Schluß der